

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

228 (14.10.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25 auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 14. Oktober 1950

Rr. 228



Dr. Lehr — der neue Bundesinnenminister

USA-Sicherheitsgesetz wirkt sich aus Zahlreiche Deutsche festgehalten — Schärfere Überprüfung von Visa-Anträgen — Verschie- dene Proteste

Washington (UP). Das Schicksal von zahlreichen Deutschen, die noch auf Ellis Island festgehalten werden, ist bis jetzt noch ungeklärt. Unter den Festgehaltenen befindet sich der Opernsänger Hans Hotter, Beamte des Außenministeriums und des Justizministeriums in Washington sind damit beschäftigt, zu prüfen, ob vielleicht doch eine Möglichkeit vorhanden ist, diesen Deutschen die Einreise nach den USA zu gestatten.

In nicht-amtlichen Kreisen wird betont, es sei zu erwarten, daß die amerikanischen Stellen beschließen werden, das neue Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit der USA, das Angehörigen und ehemaligen Mitgliedern totalitärer Gruppen die Einreise verbietet, gegenüber solchen Personen mit Nachsicht anzuwenden, die bereits ein Visum besitzen und in den USA schon angekommen sind oder sich bereits auf der Reise nach den USA befinden. Es steht jedoch fest, daß künftige Antragsteller eingehender als bisher überprüft werden.

Beamte des amerikanischen Konsulats in Frankfurt am Main äußerten, daß etwa 1000 Deutsche von den neuen Verfügungen des State Department betroffen sein dürften.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer erhebt der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Berg, Einspruch gegen die Verschärfung der Reisebestimmungen nach den USA.

In amerikanischen Regierungskreisen wurde erklärt, daß spanische Falangisten die Einreisegenehmigung in die USA erhalten können, ungeachtet des Gesetzes gegen den Kommunismus und Faschismus.

Truman in Hawaii eingetroffen

Vor den Besprechungen mit McArthur
Honolulu (UP). Präsident Truman ist am Samstagfrüh auf dem Hickam-Flugplatz bei Honolulu eingetroffen. Als Truman seinem Flugzeug entstieg, begrüßte ihn der blaue Himmel und die strahlend heiße Sonne Hawaii. Das hawaiische Parlament ist zu einer Sondersitzung zusammengetreten in der Hoffnung, Truman werde eine Ansprache vor dem Haus halten.

In Tokio verlautet, daß General McArthur am Samstagmorgen vom Flugplatz Haneda bei Tokio abfliegen wird, um sich zu Präsident Truman zu begeben.

Bradley: Schneller rüstet
General Omar Bradley, der Chef des gemeinsamen amerikanischen Generalstabes, stellte fest, daß der Umfang des amerikanischen Wiederaufrüstungsprogrammes nicht ausreichend sei. Er kündigte an, daß der gemeinsame Generalstab schon in Kürze Präsident Truman einen Plan zur Beschleunigung der Mobilisierung vorlegen werde.

US-Vorschlag über Korea-Besatzung Rhee-Regierung auf Südkorea beschränkt

Lake Success (UP). Die Vereinten Staaten haben der Entscheidung des Interimsausschusses der Vereinten Nationen für Korea ihre Zustimmung erteilt, die Machtbefugnisse der Syngman-Rhee-Regierung auf Südkorea zu beschränken. Der Beschluß des Ausschusses wurde sofort an General McArthur weitergeleitet.

Der amerikanische Delegierte in dem Interimsausschuß, Ross, hat dem Ausschuß einen Plan der amerikanischen Regierung unterbreitet, in dem eine sich in drei Stufen abwickelnde Besatzungspolitik für Nord-Korea umrissen ist. Er sieht eine beschleunigte Umwandlung der Militärverwaltung in eine zivile und die Verwendung einer höchstmöglichen Anzahl nichtamerikanischer Beamter in den Verwaltungsbehörden vor.

Deutsche im Osten haben Vertrauen und verzagt nicht!

Appell der Bundesregierung und der Opposition an die
Ostzonen-Bevölkerung am Vorabend der Scheinwahlen

Bonn (UP). Am Vorabend der von der SED proklamierten Einheitswahlen in der Sowjetzone versicherten der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, Dr. Schumacher, übereinstimmend die tiefe Verbundenheit der Bundesrepublik mit der deutschen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone. In Ansprachen über alle Sender der Bundesrepublik am Freitagabend betonten sowohl der Kanzler als auch Dr. Schumacher, daß der Westen ungeachtet des schon heute feststehenden Wahlergebnisses zu den Deutschen im Osten halten werde.

Dr. Adenauer unterstrich, die Bevölkerung der Ostzone werde von den politischen Machthabern gezwungen, einem politischen System die Stimme zu geben, das sie als „innerster Überzeugung“ ablehne und verabscheue. Dr. Schumacher knüpfte daran die Feststellung, wenn im Osten nicht der Druck einer totalitären Besatzungsmacht lastete, hätte sich die Bevölkerung schon längst gegen die Gewalttätigkeiten jenes „Pankow-Ersatzstaates“ erhoben, der die „Tyrannei der herrschenden Parteidiktatur“ im Dienste einer fremden Macht über die arbeitenden Menschen setze. Sprecher des Westens wiesen entschieden den Versuch der Machthaber in der Ostzone zurück, aus dem „unter Druck erpressten Resultat der Scheinwahl“ die Berechtigung abzuleiten, im Namen ihrer Bevölkerung oder gar des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu entscheiden.

Während der Bundeskanzler hervorhob, es werde den Menschen im Osten nicht ohne Gefahr für Leib und Leben möglich sein, frei ihrer wahren politischen Meinung Ausdruck zu verleihen, rief Dr. Schumacher seinen Hörern in der Sowjetzone zu, sie sollten sich am Sonntag nicht herausfordern oder zu Unbesonnenheiten hinarbeiten lassen. Man wisse im Westen sehr genau, versicherten beide Redner, wie man im Osten wirklich denke. Dr. Adenauer wies dabei besonders auf die ostdeutsche Jugend hin, die sich „mit beispielhaftem Mut zur Freiheit der Persönlichkeit und zu den Gütern abendländischer Kultur bekenne“. Dies sei um so höher zu bewerten, als es den jungen Menschen schwer gemacht werde „im Nebel einer unwahrscheinlichen Propaganda den kritischen Blick für die Wirklichkeit offen zu halten“.

Den Verhältnissen in der Ostzone stellte Adenauer das rege Bemühen der Bundesregierung entgegen, im Westen eine „echte soziale Ordnung“ zu schaffen, die später die Grundlage für ein gesamtdeutsches Sozialgefüge werden könne. Zu einer noch stärkeren Aktivität rief Schumacher den Westen auf, der seine Verbundenheit mit den Menschen der Sowjetzone „mehr als bisher durch Taten“ beweisen müsse. Abschließend appellierten Kanzler und Oppositionsführer an die „Frauen, Männer und Jugendlichen der Sowjetzone“, nicht zu verzagen, wie immer auch das vorher konstruierte Ergebnis der Einheitswahlen ausfallen werde.

Bonn plant ein Bundessicherheitsamt

Abgeordneter Blank als künftiger „Verteidigungsdirektor“.
Zentrale Behandlung der Probleme der äußeren Sicherheit?

Bonn (UP). Maßgebliche Persönlichkeiten der Bundesregierung erwägen die Bildung eines deutschen Sicherheitsamtes in Bonn, mit dessen Leitung ein Abgeordneter des Bundestages beauftragt werden soll. Der Leiter des Sicherheitsamtes wird vermutlich Kabinettsrang erhalten. Nach bisher vorliegenden Informationen steht der CDU-Abgeordnete Blank an aussichtsreichster Stelle der Kandidaten für den Posten eines Sicherheitsdirektors. Blank ist Gewerkschaftler und gehört dem sogenannten „linken Flügel“ der CDU an.

Dem Sicherheitsamt soll unter anderem die Bearbeitung aller Fragen übertragen werden, die mit der äußeren Sicherheit des Bundesgebietes zusammenhängen. Der Leiter des Sicherheitsamtes wird vermutlich Kabinettsrang erhalten. Alliierte Beamte wollen erfahren haben, daß zunächst an die Bildung eines Sicherheitsministeriums gedacht worden sei. Wahrscheinlich wird sich das Sicherheitsamt, wenn die zur Zeit diskutierten Pläne verwirklicht werden sollen, der Bundeskanzlei und nicht dem Bundesinnenministerium angegliedert werden. Der Sicherheitsberater des Bundeskanzlers, Graf Schwerin, soll dann gleichfalls im Rahmen dieses Amtes tätig sein. Dem Bundeskabinett sind diese Pläne noch nicht zur Verabschiedung oder Beratung zugegangen.

Vertreter der parlamentarischen Opposition berichten in diesem Zusammenhang, daß der Bundeskanzler stets geplant habe, ein solches Amt einem Zivilisten anzuvertrauen. Das angeblich geplante Sicherheitsamt würde sich vermutlich auch mit den Problemen zu beschäftigen haben, die aus der Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Deutschland entstehen können. Es gilt als unwahrscheinlich, daß die Behörde sich mit Polizeifragen befassen wird. Die Haupttätigkeit des Amtes jedoch dürfte erst beginnen, wenn die Alliierten den Wunsch nach Aufstellung deutscher Kontingente innerhalb einer europäischen Armee äußern sollten. Der Leiter eines solchen Amtes würde dann demnach etwa mit einem „Verteidigungsdirektor“ verglichen werden können.

Offiziell wurde die Absicht, ein solches Amt ins Leben zu rufen, weder demittiert, noch bestätigt. Das Bundespresidium erklärte auf Anfrage, daß ihm von solchen Absichten nichts bekannt sei.

Umfangreiche Arbeit im Bundestag

Abg. Ehlers soll Bundestagspräsident werden
Bonn (UP). Vor Beginn der 91. Sitzung des Bundestages verordnete der amtierende Präsident des Bundestages, Professor Carlo Schmid, in einer kurzen feierlichen Handlung den neuen Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr.

Gegen die Stimmen der Opposition billigte der Bundestag die Verlängerung des vorläufigen Haushaltsplanes bis zum Ende des Jahres. Der Bundestag ermächtigte die Regierung weiter, mit Genehmigung des Haushaltsausschusses den Kreditplanfond von 1,5 Milliarden DM um 500 Millionen zu überschreiten.

Gegen die Stimmen der Opposition wurde

der Gesetzesentwurf über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung angenommen. Der SPD-Abgeordnete Schötle begründete die Ablehnung seiner Partei mit der Auffassung, dieses Gesetz gewährleistete „nicht die Wiederherstellung, sondern eine Herabminderung“ der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung.

Das neue Preisgesetz konnte nicht verabschiedet werden, da der Entwurf nach Ansicht der FDP wegen seiner Bedeutung nicht in Abwesenheit des Bundeswirtschaftsministers beraten werden sollte.

Ein Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Genossenschaftskassen wurde vom Bundestag einstimmig gebilligt.

Im Auftrag des Ausschusses für Geschäftsordnung ersuchte Dr. Horlacher (CDU-CSU) den Bundesjustizminister, gesetzliche Möglichkeiten vorzuschlagen, damit Verächtlichmachung des Bundesgesetzes strafrechtlich verfolgt werden könnte. Mit Mehrheit wurde ein Zentralantrag gebilligt, wonach die Bundesregierung ein Gesetz über die Beschäftigung von Schwerverbeschädigten vorlegen soll. Zu einem SPD-Antrag über eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Fürsorgeempfänger sagte Arbeitsminister Storch, der Kreis der Bedürftigen sei so groß, daß die Sozialleistungen nicht ohne Schwierigkeiten gesteigert werden könnten. Es fehle das Geld dazu.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Ehlers hat seiner Fraktion mitgeteilt, daß er die Kandidatur für den Posten eines Bundestagspräsidenten annehmen werde. Die CDU will in einer der nächsten Sitzungen des Bundestages eine Neuwahl des Präsidenten anregen.

Konferenz der Innenminister

Die Innenminister der elf Länder trafen am Freitag zu einer informatorischen Besprechung im Bundesinnenministerium in Bonn zusammen. Neben laufenden Verwaltungsfragen waren Polizei- und Sicherheitsprobleme Hauptthemen der etwa fünfständigen Sitzung. Die Tagung war von den Länderinnenministern einberufen worden. Die ebenfalls zur Erörterung stehenden Fragen der Bereitschaftspolizei werden nunmehr von den Innenministern den einzelnen Länderkabinetten vorgelegt und von den Ministerpräsidenten diskutiert. Das Finanzierungsproblem soll am kommenden Donnerstag in einer gemeinsamen Tagung der Länder-Innen- und Finanzminister seine Erledigung finden.

Bayerischer Staatsbesuch beim Vatikan. Der bayerische Ministerpräsident, Ehard ist mit seiner Gattin und seinem politischen Berater, Ministerialdirektor Schwendt, am Anlaß des Heiligen Jahres nach Rom abgereist, wo er dem Vatikan einen Staatsbesuch abstatten wird.

Argentinien auf Krieg vorbereitet. Argentinien verfüge über eine schlagkräftige Armee, die auf einen möglichen Krieg vorbereitet sei, erklärte der argentinische Präsident Peron.

Wollen die Deutschen mitkämpfen?

Von Captain R. H. Liddell Hart

Wir veröffentlichen an dieser Stelle vor kurzem einen Aufsatz von Captain R. H. Liddell Hart, in dem der bekannte britische Militärschriftsteller seine Ansicht zu der Frage „Warum muß der Westen kämpfen?“ darlegt. In einem weiteren Artikel beschäftigt sich Liddell Hart jetzt mit dem Problem, ob die westliche Welt ohne deutsche Beteiligung verstanden werden kann. Auch diese — mit den Augen eines Engländer geschriebene — Untersuchung ist von bemerkenswerter Offenheit und darum geeignet, zur Klärung der Meinungsfronten in der deutschen Öffentlichkeit beizutragen.

Was die beteiligten Völker auch für Befürchtungen mit einer Wiederbewaffnung Deutschlands verbinden mögen, so scheint bei ihnen einschließlich vieler Franzosen doch ausnahmslos das Gefühl zu bestehen, daß keine Verteidigungsarmee hinreichende moralische Kraft gegen einen russischen Angriff aufbringen werde, sofern ihr nicht starke deutsche „Verstärkungen“ eingebracht sind. Aus diesem Grunde ringen sich selbst diejenigen, die mit einer solchen Entwicklung nur den Angriff beschleunigt auszulösen fürchten, zu dem Empfinden durch, daß hierin doch wohl die geringere von zwei ersten Gefahren zu sehen ist.

Aber wie denken die Deutschen über diese Dinge? Der Widerwille gegenüber einer Wiederbewaffnung, der von allen Führern der hauptsächlich politischen Parteien Westdeutschlands, mit denen ich sprach, an den Tag gelegt wurde, mag als zu schön um wahr zu sein“ erscheinen. Ist diese Ablehnung echt oder wird sie nur zur Schau getragen, um die Westmächte in ihrem Eifer zu bestärken, Deutschlands Wiederbewaffnung zu erwirken?

Es ist ganz natürlich, daß die Deutschen die Vorteile einsehen, die der Zustand des Umwobenseins ihnen bringt. Noch natürlicher wäre es, wenn sie eine Art Schadenfreude darüber empfinden würden, daß ausgerechnet die Länder, die mit solchem Eifer alle Soldatentum in Deutschland ausgerottet und seine Industriebetriebe niederzulegen bestrebt waren, jetzt zu der Erkenntnis gekommen sein sollten, daß sie ohne deutsche Hilfe hilflos gegen einen Angriff sind. So ist die Mehrheit in Deutschland nur Passivität, um nicht zu sagen zum Pazifismus geneigt. Das ist die Folge zweier katastrophaler Kriege, zweier Besatzungen und einer bis in das Innerste der Seele dringenden Enttäuschung.

Vor allem in der jüngeren Generation ist ein ausgeprägter Widerwille gegen den Gedanken an eine militärische Dienstpflicht verbreitet. Die jungen Leute selbst oder ihre älteren Brüder sind mit 15 Jahren von den Schulbänken weg zur Flak eingezogen worden, sie haben die Schrecken und die Ausschichtslosigkeit der Abwehr gegen die Massenbombardierungen ihrer Heimatstädte zu spüren bekommen. Und als sie nur wenig älter geworden waren, hat man sie mit einem Mindestmaß an Ausbildung und Ausrüstung einer Invasion entgegengestellt, die an Zahl und allen modernen Kampfmitteln ungeheuer überlegen war. Was diese jungen Leute einzig kennen lernten, war Niederlage in bitterster Form. Was bei ihnen haften blieb, war die Überzeugung von der Nutzlosigkeit jeder Verteidigung.

Die Kriegsgeneration im eigentlichen Sinne, die etwas älteren Jahrgänge, weist in ihren Reihen ungeheure Lücken auf — eine Folge des großen Sterbens auf den Schlachtfeldern oder in russischer Gefangenschaft. Die Überlebenden bewahren sich ihr Selbstvertrauen im Gefühl ihrer vielerprobten soldatischen Bewährung — aber es fehlt ihnen das Vertrauen, daß die Besatzungsmächte in der Lage sein werden, Westdeutschland oder Westeuropa zu verteidigen. Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie leicht es ihnen 1940 gelang, den Westen zu überrennen. Das gibt ihnen Zweifel, sich in eine Verteidigungsfront einzureihen, die zum großen Teile aus diesen schwachen und noch immer ungetesteten Nachbarn besteht. Warum, so fragen sie, soll man sich bei so geringen Erfolgsaussichten an einer Abwehr beteiligen, die bloß ihre Heimat, ihre Familien und sie selbst der Zerstörung und noch schlechterer Behandlung durch die Russen aussetzen würde?

Bei den alten Soldaten, die eher zu kämpfendem Einsatz bereit wären, sind noch andere Hemmungen wirksam. Sie sind voll Erbitterung über die Art und Weise, in der sie nach dem Kriege behandelt wurden, nicht nur durch die Alliierten, sondern ebenso durch ihre eigenen Landsleute. Hinzu kommt die Erbitterung über die Verurteilung in den Kriegsverbrecherprozessen. Zuerst standen die meisten Deutschen diesen Prozessen teilnahmslos gegenüber, besonders soweit es sich dabei um Generäle handelte. Aber mit dem Verfahren gegen den Feldmarschall von Manstein bahnte sich auch ein Umschwung der Empfindungen

an. Die Hartnäckigkeit, mit der die Alliierten darauf bestehen, deutsche Offiziere für Handlungen in Haft zu halten, die sie bei der Bekämpfung kommunistischer Partisanen zwangsweise tun mußten, ist zum Gegenstand verbreiteter Beschwerden geworden. Die Deutschen kritisieren scharf, was über die drastischen Maßnahmen der Franzosen in Indochina oder Engländer in Malaya und der Amerikaner in Korea berichtet wird. Viele von ihnen äußern, daß sie gar nicht daran dächten zu kämpfen, solange ihre alten Kameraden oder Chefs noch hinter Gittern sind.

Selbstverständlich unterliegen die Ansichten in Deutschland dem gleichen schnellen Wechsel, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Schon während meines kurzen Aufenthaltes dort konnte ich den Umschwung feststellen, der dem Angriff gegen Südkorea folgte. Man sah schnell ein, daß ein Gleiches sich auch in Westdeutschland vollziehen könnte. Viele, die jeden Gedanken an eine Wiederbewaffnung vorher abgelehnt und sich mit einer passiven Rolle abgefunden hatten, ließen den Wunsch nach Selbstverteidigung erkennen — mindestens gegen einen Angriff durch ostdeutsche Polizeikräfte oder andere russische Satelliten. Wahrscheinlich würde es also keine Schwierigkeiten machen, hinreichend Freiwillige, und zwar ausschließlich solche mit Kriegserfahrung, zu erhalten, um eine Armee von 10 bis 20 Divisionen zu bilden, welche die vorhandenen alliierten Deckungstreitkräfte verstärken könnte. Weit schwieriger dürfte es sein, eine solche Truppe mit einer angemessenen Ausrüstung zu versehen. Unter den augenblicklichen Verhältnissen würde es einer langen Frist bedürfen, und während dieses Wiederaufbauprozesses würde die Gefahr eines russischen Präventivkrieges in ganzer Schwere drohen. Der gangbarste Weg könnte vielleicht darin bestehen, daß man mit der Bildung einer kleinen „Internationalen Armee“ oder „Europäischen Legion“ beginnt, in die Freiwillige aller westlichen Länder, also auch Deutsche, unmittelbar und gleichberechtigt eintreten könnten.

Die Unterweisung im Tunnel

Sechs Tote durch Dynamitexplosion
Trento (UP). Sechs Personen wurden durch Explosion einer Dynamitladung in einem Tunnelbau unweit der italienischen Stadt Trento getötet. Ein Ingenieur unterwies fünf Tunnelarbeiter im Gebrauch einer neuen elektrischen Vorrichtung, mit deren Hilfe 36 Ladungen gleichzeitig zur Explosion gebracht werden können. Plötzlich explodierte eine Dynamitladung von selbst und tötete alle sechs.

Flugzeug in Flammen

Drei Besatzungsmitglieder verbrannt
Casablanca-Marokko (UP). Ein zweimotoriges Verkehrsflugzeug stürzte gleich nach dem Start mit sieben Personen an Bord ab. Der Pilot versuchte noch, eine Notlandung zu machen, konnte aber den Flugplatz nicht mehr erreichen. Das Flugzeug ging sofort in Flammen auf. Die vier Fluglote konnten gerettet werden, während die drei Besatzungsmitglieder in den Flammen umkamen.

Zu den Wahlen in der Sowjetzone bringt der Süddeutsche Rundfunk am Freitag, 13. Oktober, in der Zeit von 20.00 bis 20.15 Uhr eine Sonderausstrahlung innerhalb der Sendung „Hier spricht Deutschland“. Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Dr. Kurt Schumacher sprechen zu den Wahlen in der Sowjet-Zone.

Edmund Sabott:

Der Angeklagte schweigt . . .

Copyright by Verlagshaus Eutlingen Verlag & Speler

30. Fortsetzung.

Wollen Sie uns bitte sagen, welche Rücksichten Sie angeblich auch jetzt noch nehmen müssen? Und auf wen?"

Lönne betrachtete den Vorsitzenden fast voller Mitleid. „Nein!“ antwortete er dann kurz und schüttelte den Kopf.

„Weil Sie nur Ausreden vorgebracht haben und jetzt nach neuen suchen!“

„Es waren keine Ausreden, Herr Vorsitzender! Ich möchte aber der Zeugin erklären, daß ich sie ihrem Manne nicht verraten habe. Auf welche Weise er erfahren hat, daß sie in jener Nacht zu mir geflüchtet ist, weiß ich nicht. Vielleicht hat er es selbst beobachtet, möglich auch, daß Hartung es gesehen und es ihm mitgeteilt hat. Als er mich am Sonntagmorgen zu sich rief, wußte er jedenfalls schon alles, und ich konnte nichts abstreiten. Ich habe ihm mein Wort geben müssen, daß zwischen seiner Frau und mir keine Beziehungen bestanden, die er hätte tadeln müssen. Er verlangte von mir, daß ich Altengländin künftig meiden und nichts unternehme, um mich mit seiner Frau in Verbindung zu setzen. Daran habe ich mich gehalten. Das ist alles, was ich jetzt dazu zu sagen habe.“

„Es ist wenig genug“, meinte Wohlfahrt unzufrieden, „und glaubhaft machen können Sie es auch nicht. Herr Borbeck ist leider tot.“

„Dafür kann ich nicht!“ rief Lönne heftig, machte aber sofort eine überdrüssige Handbewegung, mit der er sich Schweigen anbefahl.

Zum erstenmal wandte sich Gabriela ihm voll zu. Ihr Gesicht war weiß. „Wenn Sie glauben, Herr von Lönne, aus irgendeinem Grunde

Unerfreuliche Vorgänge vor dem Spiegelausschuß

Aumer erhielt von der Erdölindustrie 22.000 DM - Finanzielle Unterstützung weiterer Gruppen

Bonn (UP). Insgesamt 22.000 DM habe der unabhängige Abgeordnete Aumer im Laufe des Jahres von ihm erhalten, erklärte der Erdölindustrielle Telke von der Gewerkschaft Elverath vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. Telke sagte, er habe Aumer diese Summen gegeben, weil der Abgeordnete als Vorsitzender des Mineralöl-Ausschusses des Bundestages „mit der Erdölindustrie zu tun gehabt habe“.

Auf die Frage, warum gerade Aumer bzw. gerade die Bayernpartei Gelder bekommen habe, antwortete Telke, daß auch an andere Parteien „Material über die Erdölindustrie“ gegeben worden sei und daß er auch andere Parteien finanziell unterstütze. Bedingungen habe er, Teile an die Geldzuwendungen jedoch niemals geknüpft. Er sei natürlich am Benzinpreis interessiert gewesen, aber er habe niemals den Abgeordneten Aumer, der ihn um das Geld gebeten habe, beeinflussen wollen, eine bestimmte Richtung oder Ansicht zu vertreten.

Vor dem Zeugen Telke hatte der Ausschuß den ehemaligen Schatzmeister der Bayernpartei, Konsul Dr. Schmidhuber, gehört. Von der BP-Abgeordnete Donhäuser als seinen Geldgeber genannt hatte. Auf die Frage, was er zu der Behauptung im Protokoll Baumgartners zu sagen habe: „Schmidhuber bezieht seine Gelder aus der gleichen russischen Quelle wie Loritz“, erklärte der Konsul: „Zu diesem Ergebnis eines Saufabends kann ich nur sagen — man könnte genau so gut behaupten, daß mir der König von England Geld gegeben habe“. Er sagte, Donhäuser habe von ihm insgesamt ungefähr 4000 bis 5000 DM bekommen, weil er, Schmidhuber, ihn persönlich habe unterstützen wollen. Auf die Frage, wieso er bei der Kulmbacher Nachwahl einseitig Geld an die Bayernpartei und andererseits an Donhäuser gegeben habe, der schon damals in Opposition zu der Partei gestanden habe, bemerkte Schmidhuber: „Wir haben bei der Kulmbacher Nachwahl unser Ziel erreicht.“

Zu Beginn der Verhandlung war die Sekretärin der Bayernpartei vernommen worden, die das zur Debatte stehende Gefährdungsprotokoll Baumgartners im Stenogramm genommen hatte. Sie brachte ein Stenogramm mit, der ausschließlich dieses Protokoll enthielt. Wie alle anderen Zeugen wurde auch sie vereidigt und sagte unter Eid aus, daß der vorliegende Block die Originalniederschrift des Protokolls enthalte.

„Was kosten die WAV-Stimmen?“

Recht aufschlußreich war auch die Vernehmung des Abgeordneten Loritz. „Einige Tage vor der Abstimmung Bonn-Frankfurt kam ein Herr zu mir, der mit dem heutigen Ministerialdirektor Blankenhorn zusammen saß. Dem habe ich auf seine Frage, was die Stimmen der WAV für Bonn kosten würden, Ohrfeigen angeboten“, versicherte Bundestagsabgeordneter Loritz vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages. Fragen nach dem Äußeren dieses Herrn konnte Loritz nur sehr ungenau beantworten. Er habe ihn vorher wiederholt mit Blankenhorn zusammen gesehen, aber nach diesem Zwischenfall habe er ihn nicht mehr im Bundeshaus erblickt.

Ein Zwischenfall

„Ich gratuliere der Bundespressekonferenz, daß sie einen solchen Lumpen in ihrer Mitte hat.“ Mit dieser bisher schärfsten Charakterisierung eines Pressevertreters bedachte Dr. Arndt (FDP), Bundestagsabgeordneter und

Mitglied des Untersuchungsausschusses, den Bonner Vertreter des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“ Gerst. Gerst hat in der sowjetisch-licenzierten „Berliner Zeitung“ behauptet, daß Dr. Arndt im Ausschuß die Zeugen beschwichtigt habe mit dem Hinweis, bei den Bestechungen handele es sich keineswegs um strafbare Handlungen. Gerst hatte daran den Kommentar geknüpft, daß der übergroße Teil der Bonner Bundestagsabgeordneten bei dieser Feststellung aufgestöhnt habe. Auf Antrag Arndts beschloß der Ausschuß, Gerst von den weiteren Beratungen des Ausschusses auszuschließen. Der Ausschuß will dem Bundestagspräsidium empfehlen, Gerst auch das Betreten des Bundeshauses zu verbieten.

Wie dazu noch verläutet, hat Gerst im Anschluß daran in einem Schreiben an den amtierenden Präsidenten des Bundestages gefordert, die Immunität des SPD-Abgeordneten Dr. Arndt aufzuheben. Gerst will gegen Arndt Klage „wegen öffentlicher Beleidigung“ erheben.

Heinemann zur Aufrüstungsfrage

Die Gründe seiner Demission

Bonn (UP). „Wir legitimieren unser Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen“, schreibt der ehemalige Bundesinnenminister Dr. Heinemann in einem Artikel zur deutschen Sicherheitsfrage. „Es kommt darauf an, daß die Chance für eine friedliche Lösung nicht verloren geht.“ Heinemann beschäftigt sich in dem Artikel mit dem Problem einer deutschen Wiederaufrüstung. Es sei nicht Sache der Bundesrepublik, um eine Beteiligung an militärischen Maßnahmen nachzusuchen oder sie anzubieten. „Wenn die Westmächte unserer Mitwirkung zu bedürfen glauben, so mögen sie an uns herantreten und dabei verbindlich

sagen, welches die Grundlagen einer etwa von ihnen gewünschten deutschen Mitwirkung sein sollen.“ Die Sicherung der Bundesrepublik nach außen sei nach wie vor Angelegenheit der Alliierten.

Vor der Frage, ob Deutsche in der Bundesrepublik einen militärischen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten würden, stehe die andere Frage, „ob die Bundesregierung im voraus ungefragt ihre Bereitwilligkeit zur militärischen Beitragsleistung erklärt hat“. „Ist es vertretbar, daß eine Erklärung von solch entscheidungsvoller Tragweite vom Bundeskanzler abgegeben wird, ohne daß das Kabinett an der Willensbildung beteiligt ist“, fragt Heinemann. Weiter will er wissen, ob es vertretbar sei, daß das deutsche Volk nur von außen her von der Bereitwilligkeit seiner Regierung zur militärischen Beteiligung an einer Verteidigungsmacht unterrichtet werde. Der Bundeskanzler habe zwar erklärt, daß er keine solche Verpflichtungen eingegangen sei. „Das hatte niemand behauptet. Zur Erklärung steht lediglich eine Bereitwilligkeitsklärung. Darüber wird deutscherseits geschwiegen. Was also steht im Memorandum des Bundeskanzlers vom 29. August, dem die Bundesregierung am 31. August zugestimmt hat?“

Für besonders bedeutungsvoll hält Heinemann die Frage, ob eine westdeutsche militärische Beteiligung auf Rußland provozierend wirken kann. Ein europäischer Krieg mit deutscher Beteiligung würde ein Krieg Deutschlands gegen Deutsche sein. Wer auch immer die erste Schlächt gewinnt — „der Stolz geht in deutsches Land, im Westen oder im Osten.“

Abschließend bemerkte Heinemann zu seinem Rücktritt, daß er demissioniert habe, weil er die Verantwortung nicht habe tragen können, die einem Bundesminister zugemutet wird. „Wo die dem Kanzler obliegende Bestimmung der politischen Richtlinien so verstanden wird, daß eine gemeinsame echte Willensbildung nicht stattfindet, und wo jeder nur mit Vorwürfen zu rechnen hat, der sich den Richtlinien nicht willig fügt, möchte und kann ich keine Mitverantwortung tragen.“

Ein Flammenmeer über 150 Kilometer

Schwere Beschießung der koreanischen Ostküste - Harte Kämpfe um Kumtschon

Tokio (UP). Die vor der koreanischen Ostküste stehende Kriegsflotte, an ihrer Spitze das amerikanische Schlachtschiff „Missouri“, berichtet, daß ein über 150 Kilometer langer Küstenstreifen Nordkoreas nach der bereits über 24 Stunden andauernden Beschließung in Flammen steht. Die lange Dauer dieses Beschusses bestärkt militärische Beobachter in der Überzeugung, daß damit ein neues Landungsunternehmen der Truppen der Vereinten Nationen vorbereitet wird. Von Jagdbombern und Torpedoflugzeugen wurden am Freitag 39 kommunistische Schiffe versenkt.

Sonniges Wetter begünstigte am Freitag die Durchführung der Beschließungsaktion, in deren Mittelpunkt ein konzentrierter Angriff auf die wichtige Industriestadt Tschongjin stand, das über drei Stunden lang beschossen wurde. Von Bord dieser Schiffe wurden über der Stadt riesige Stichflammen und große Rauchwolken beobachtet. Aufklärungsflugzeuge berichteten, daß alle Einrichtungen von strategischer Bedeutung in Tschongjin zerstört oder wenigstens schwer beschädigt seien. Auch die Rundfunkstation Tschongjin hat ihre Sendungen eingestellt. Offenbar sind auch diese Anlagen zerstört worden.

In Kumtschon eingedrungen

Die erste amerikanische Kavalleriedivision ist am Freitag abend ins Stadtgebiet von Kumtschon eingedrungen. Ihr Vormarsch in Richtung auf Pjongyang wird von fanatisch kämpfenden Nordkoreanern erschwert, die sich im Raum von Kumtschon in Bunkern verschanzt haben, die bis zu drei Meter dicke Mauern besitzen. Kumtschon war eine der bedeutendsten nordkoreanischen Befestigungen, die eine starke Garnison aufwies. Die amerikanische Vorausabteilung, die am Donnerstag westlich von Kumtschon vorstieß und Hahpo, einen über 25 Kilometer nördlich des 38. Breitengrades liegenden Ort, besetzte, hat etwa 1500 bis 2000 Kommunisten eingekesselt und war am Freitag mit der Vernichtung dieses Verbandes beschäftigt. An der rechten Flanke der ersten Kavalleriedivision nähert sich ein weiterer amerikanischer Verband, der 20 Kilometer nördlich des 38. Breitengrades und 20 Kilometer östlich von Kumtschon liegenden Stadt Tschangwa.

Zum Angriff angetreten

Die dritte südkoreanische Division ist längs der von Wonsan nach Pjongyang führenden Straße zum Angriff angetreten und hat sich im Laufe des Freitag einige Kilometer in westlicher Richtung vorwärtsbewegt. Die südkorea-

ihre Liebhaber zu sein. Die ersten Briefe hatte sie weggeworfen, ohne ihm davon Mitteilung zu machen; als aber noch mehr kamen, gab sie sie ihm zu lesen.

Er schüttelte nur den Kopf und sagte, daß es auf sechs Kaffeeklatschgeschwätz vorbereitete gewesen sei. Ob sie Wert darauf lege, daß er die Schreiber ermittelte, oder ob es ihr noch lieber sei, er verschwinde gänzlich aus Altengländen?

Sie verbot ihm beides. An ihrem Verhältnis änderte sich nichts. Als dann jener Brief von Lönne aus Berlin kam, worin er ihr mitteilte, daß Hartung sich in Gegenwart fragwürdiger Frauenzimmer mit ihrer Gunst gebrühet habe, gab sie auch diesen Brief Hartung. Ihr kam der Verdacht, daß Lönne auch der Urheber des einen oder andern Briefes sein könnte, die keine Unterschrift gehabt hatten. Vielleicht trat er jetzt mit seinem Namen hervor, weil die abend Briefe wirkungslos geblieben waren.

Zu einer Antwort an Lönne hatte sie keinen Grund. Was Hartung in Berlin trieb, ob er Freundinnen hatte oder sein Geld verbrank, danach fragte sie nicht, solange sie selber keine Klagen über ihn hatte.

Über die Vorgänge des 20. Dezember konnte sie nur spärliche Angaben machen. Hartung und Alfred von Lönne hatten sie überredet, einige Tage in Berlin zu verbringen. Sie fuhr in ihrem Wagen mit Alfred von Lönne voraus, denn Hartung hatte wegen des bevorstehenden Jahreswechsels noch verschiedene Arbeiten zu erledigen. Bei der Abfahrt versprach er, sich bei ihr in Berlin zu melden. Er erschien jedoch nicht, ließ auch nichts von sich hören, und gegen acht Uhr saß sie mit Alfred allein zu Abend. Gegen halb zehn zog sie sich zurück und erfuhr am andern Morgen, als sie noch zu Bett lag, telefonisch die Nachricht von Hartungs Tod. Anderthalb Stunden später wurde sie von Kriminalrat Doktor Schwerdtfeger zum ersten Mal vernommen.

An einen Selbstmord glaubte sie damals so wenig wie heute, denn Hartung hatte nicht den

geringsten Grund gehabt, sich den Tod zu wünschen. Auf einen Einwand des Verteidigers mußte sie allerdings zugeben, daß er möglicherweise Schwierigkeiten gehabt haben könnte, die ihr verborgen geblieben waren, denn von seinen Berliner Beziehungen wußte sie eingeständnermaßen nichts. Sie hatte ihn nie danach gefragt, und er hatte ihr noch viel weniger freiwillig davon erzählt. Aber sie blieb bei ihrer Behauptung, daß sie es hätte „merken“ müssen, wenn er in eine Bedrängnis geraten wäre.

Das Gespräch zwischen ihr und Henius drohte heftig zu werden. Wohlfahrt machte ihm ein Ende und verkündete die Mittagspause. Gabriela Vernehmung wurde auf den Nachmittag verschoben.

Es war Charlotte klar, daß die Aussichten Lönnes nach der Vernehmung Gabrielas ungünstiger geworden waren. Mit einer verzweifelten Hoffnung klammerte sie sich an die Worte, die Henius einmal über die Rolle Alfred von Lönnes gesagt hatte. Vielleicht würde seine Vernehmung in der Nachmittagsitzung endlich die entscheidende Wendung zu Lönnes Gunsten bringen, womit dann auch ihre falschen Aussagen und ihr Meinelid hinfällig würden.

Gabriela hatte mit Hartungs Tod nichts zu tun. Das gab selbst Henius zu, als sie während der Mittagspause mit ihm darüber sprach. Sehr schade auch, daß ihre Beziehungen zu Hartung so korrekt und freundschaftlich kühl gewesen waren. Auf das Gericht hatte ihre Haltung offensichtlich einen guten Eindruck gemacht.

„Mir wäre es lieber gewesen“, sagte Henius mit einem Seufzer, als er sich nach dem Mittagessen eine Zigarette anzündete, „sie hätte Gift und Galle über Lönne geschrien. Leider hat sie sich mühselig zusammengehalten. Kein Haß- und Racheschrei! Sehr schade! Fortsetzung folgt.“

nische Hauptstadt-Division, die gemeinsam mit der dritten südkoreanischen Division Wonsan besetzte, ist noch immer mit Säuberungsmaßnahmen in und um Wonsan beschäftigt.

Die Zahl der kommunistischen Gefangenen, die sich den Streitkräften der Vereinten Nationen ergeben haben, hat sich am Freitag auf über 60 000 erhöht.

Ein Sprecher des alliierten Hauptquartiers in Tokio teilte mit, daß nordkoreanische Befehle erbeutet wurden, nach denen ursprünglich unmittelbar nördlich des 38. Breitengrades eine starke kommunistische Verteidigungslinie aufgebaut werden sollte. Weiter ist diesen Befehlen zu entnehmen, daß weiter nördlich die Errichtung einer zweiten Linie vorgesehen war. Der schnelle Verlust von Wonsan habe jedoch dazu beigetragen, die Pläne der Kommunisten in Unordnung zu bringen.

Indochina braucht rasche Hilfe

Notstandsmaßnahmen geplant — Thakke geräumt — USA öffnen helfen

Paris (UP). Die französische Regierung plant Notstandsmaßnahmen, um ihre Truppen in Indochina zu stärken, die nur Zeit unter dem Druck der kommunistischen „zweiten Front“ zurückweichen müssen. Das Kabinett sah sich auf Grund der großen Empörung der Öffentlichkeit über die militärischen Rückschläge in Indochina gezwungen, zum zweiten Mal in dieser Woche zu einer Sondersitzung zusammenzutreten. Kurz vor dem Zusammentritt des Kabinetts waren weitere Absetzbewegungen französischer Garnisonen von ihren besetzten Standorten entlang der chinesischen Grenze bekanntgegeben worden.

Die französische Regierung soll, wie berichtet wird, die folgenden Maßnahmen in Erwägung ziehen: 1. Entsendung von Verstärkungen nach Indochina, 2. in Indochina stationierte Truppen, deren Dienstzeit abgelaufen ist, weiter unter den Fahnen zu behalten, 3. die Anrufung der Vereinten Nationen in Zusammenhang mit der Entwicklung der Lage in Indochina.

Festung Thakke geräumt

Das französische Oberkommando teilt mit, daß die Festung Thakke, 27 km südlich Dongkhe, geräumt wurde. Ein Sprecher des Hauptquartiers teilte mit, daß die Vorhut der zurückgezogenen Besatzungstruppen bereits Nacham erreicht hätten.

Die geheimen Rüstungsbesprechungen zwischen Mitgliedern der französischen und der amerikanischen Regierung nahmen in Washington ihren Anfang. Die französischen Beauftragten richteten an die amerikanische Regierung die dringende Bitte, die Verschiffung amerikanischer Waffen nach Indochina zu beschleunigen.

Ostpreußen erklärt: „Schlotternde Angst“

Sowjetzonen-Eisenbahn volkseigen

Berlin (UP). Geschlossen „empören“ sich die sowjetisch-licenzierten Blätter Berlins über die Ablehnung der kommenden „Volkswahlen“ in der Ostzone durch die Hohe Kommissare, die Bundesregierung und der Westberliner Magistrat. Unter der Überschrift „Auf die Anklagebank“ schreibt das SED-Organ „Neues Deutschland“ in seinem Leitartikel: „Je mehr wir uns dem 15. Oktober dem Tag der Volkswahlen in unserer Republik nähern, um so lauter ertönt das Geschrei der Adenauer, Schumacher und Beuter... aus dem Geschrei der Bonner Lakaien der amerikanischen Kriegspartei, „Über unsere Volkswahlen spricht nur die schlotternde Angst.“

Wilhelm Pieck, der Präsident der „Deutschen Demokratischen Republik“, meinte in einer von ADN verbreiteten Rede vor den „Aktivisten“ der Ostzone, seine Regierung lehne es ab, von den westlichen Höhen Kommissaren „Belehrungen über Freiheit und Demokratie entgegenzunehmen“. Pieck wandte sich damit gegen den neuen Schritt der alliierten Höhen Kommission bei General Tschukow. In der gleichen Veranstaltung, die in der Staatsoper Ostberlins stattfand, verließ der Präsident 33 Ingenieure und Arbeiter „volkseigener“ Betriebe feierlich den Titel „Held der Arbeit“ und gab die Ernennung von 36 693 Einwohnern der Sowjetzone zu neuen Aktivisten sowie die Eingliederung der gesamten Eisenbahnen der Sowjetzone in die „Vereinigung volkseigener Betriebe der Sowjetzone (VVB)“ bekannt.

Umschau in Karlsruhe

Verlegung von Diensträumen

Karlsruhe (Hwb). Die Abteilung Arbeit beim Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden in Karlsruhe ist umgezogen. Die neue Anschrift lautet: Abteilung Arbeit des Präsidenten des Landesbezirks Nordbaden, Karlsruhe, Zirkel zehn, Fernruf 8801 — 8905 und 8956.

Wichtige Bahnhöfe werden instandgesetzt

Karlsruhe (SWK). Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, soll in absehbarer Zeit in ihrem Direktionsbezirk eine Reihe wichtiger Bahnhöfe wieder instandgesetzt werden. In diesem Aufbau- und Erneuerungsprogramm steht u. a. auch der Bahnhof Donaueschingen an erster Stelle.

Landestagung des Sozialausschusses der CDU Nordbadens

Karlsruhe (Hwb). Der Landesausschuß der CDU Nordbadens veranstaltet seine diesjährige Landestagung am 14. und 15. Oktober in Mannheim. Auf der Landestagung werden organisatorische Fragen behandelt. Außerdem wird zu den sozialpolitischen Gesetzentwürfen der Bundesregierung Stellung genommen werden.

Bund ehemaliger Kriegsgefangener distanziert sich vom Kommunismus

Karlsruhe (Hwb). Der Bund der ehemaligen Kriegsgefangenen und Vermissten in Karlsruhe beschloß, den Anschluß anderer gleichgerichteter Verbände an den Bund von der Erklärung abhängig zu machen, daß diese Verbände keine Verbindung zu der kommunistischen Partei oder deren getarnten Gliederungen haben. Auf Grund von Fragebogen will der Bund die Entschädigungsansprüche ehemaliger Kriegsgefangener für ihre in der Gefangenschaft geleistete Arbeit feststellen.

Verkehrsunfälle durch Unachtsamkeit

Karlsruhe. Bei der Hauptpost sprang eine Frau von der fahrenden Straßenbahn ab und geriet dadurch unter den Anhänger. Sie erhielt so schwere Verletzungen, daß sie ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte. Ebenfalls durch Unachtsamkeit entstand ein anderes Verkehrsunfall in der Ettlinger Straße. Ein Pkw beachtete das Vorfahrtsrecht

eines entgegenfahrenden Motorrads nicht und bog zu einer Tankstelle nach links ein. Der Motorradfahrer und die Sozialfahrerin wurden erheblich verletzt, beide Fahrzeuge beschädigt.

Aus der badischen Heimat

Tagung der Höheren Lehrer in Eberbach

Heidelberg (Hwb). In Eberbach am Neckar begann die diesjährige Jahrestagung des Landesverbandes Nordbaden für Lehrer an Höheren Schulen, mit Sitzungen des engen Vorstandes. Es wurden vor allem Fragen der Schulreform besprochen.

Erste Lehrwerkstatt für die Landwirtschaft

Heidelberg (SWK). Im nahen Odenwaldstädtchen Adelsheim wurde dieser Tage die erste deutsche Lehrwerkstatt für die Landwirtschaft eröffnet. Unter dem Motto „Pflug und Schraubstock“ soll hier der Jungbauer lernen, mit seinen eigenen technischen Geräten und Motoren umzugehen, sie zu warten und so kleine Reparaturen selbst auszuführen.

Heidelberg große Anziehungskraft

Heidelberg (Hwb). In der letzten Sitzung des Heidelberger Fremdenverkehrsvereins wurde bekanntgegeben, daß der Heidelberger Fremdenverkehr in diesem Jahr 60 Prozent mehr an Besuchern verzeichnen konnte als im vergangenen Jahr. Größtenteils handelt es sich dabei um Besucher, die Heidelberg lediglich auf der Durchreise zu einem anderen Ferienziel besuchen.

Falsche Dekoration wandern ins Zuchthaus

Heidelberg (UP). Insgesamt 12 Jahre Zuchthaus verhängte die Große Mannheimer Strafkammer über drei aus Hamburg-Neuenhagen entflohenen Sträflinge, die als Dekoratione getarnt — unter den Augen der Polizei und der Passanten die Auslage eines Juwelierladens ausgeräumt hatten. Mit dem erbeuteten Schmuck im Werte von 4000 DM fuhren die zwei Sträflinge nach Hamburg. Der Zurückgebliebene wartete vergebens auf den versprochenen Beuteanteil, der ihm in Geld ausgehen sollte. Als er erfuhr, daß einer seiner Komplizen in Hamburg festgenommen worden sei, brach er in ein weiteres Juweliergeschäft ein und fuhr mit der Beute im Werte von 10 000 DM ebenfalls nach Hamburg. Hier konnte man ihn zusammen mit dem dritten entlaufenen Sträfling festnehmen.

Bevölkerungszahl erhöht sich

Seit 1946 in Württemberg-Baden um fast 200 000 angestiegen

Stuttgart (Hwb). Die Bevölkerung in Württemberg-Baden umfaßte am 13. September dieses Jahres 3,894 Millionen Personen, wie nach der ersten Auszählung der bei der Volkszählung ausgegebenen Haushaltslisten durch die Gemeinden festgestellt wurde. Dazu kommen noch etwa 11 000 Personen in den von der IRO verwalteten Ausländerlagern. Von der Bevölkerung waren am 17. September 1,806 Millionen Männer und 2,078 Millionen Frauen. Gegenüber der letzten Volkszählung am 29. Oktober 1946 hat sich die Zahl der Bevölkerung um 193 176 Männer (12 Prozent) und 83 715 Frauen (4,2 Prozent), insgesamt also um 276 891 Personen (7,2 Prozent) erhöht.

Auf den Landesbezirk Nordwürttemberg entfallen 2,417 Millionen und auf den Landesbezirk Nordbaden 1,467 Millionen Personen. Der Anteil der Frauen beträgt in Nordwürttemberg 53,4 und in Nordbaden 53,6 Prozent.

Wohlbefindensfrage zur Volksbefragung unverändert

Freiburg (Hwb). An der Stellungnahme der badischen Regierung, wie sie nach der Volksbefragung in den drei südwestdeutschen Ländern bekanntgegeben wurde, habe sich selber nichts geändert, erklärte Staatspräsident Wohlbefindensfrage nach seiner Rückkehr von der Wildbader Konferenz in Freiburg einem der Vertreter. Die badische Staatsregierung vertrete nach wie vor die Auffassung, daß man über das Ergebnis der Volksbefragung nicht einfach hinweggehen könne, auch wenn es sich nicht um eine Volksabstimmung mit bindenden Folgen gehandelt habe. Es lasse sich nicht übersehen, daß das Ergebnis der Volksbefragung eine demokratische Willensäußerung des badischen Volkes sei, welche die Wiederherstellung der badischen Landeshoheit in irgendeiner Form fordere.

Vorschläge der badischen Schreiner

Bühl. Anlässlich des aus dem ganzen Land Baden stark besuchten Schreinertags in Bühl am 7. und 8. Oktober wurde folgende Entscheidung angenommen:

1. Das badische-Schreinerhandwerk fordert, daß dem Übel der Schwarzarbeit und dem wilden Möbelhandel durch Hausierer und fachunkundige Personen behördlicherseits mit allen Mitteln entgegengetreten wird, weil sonst die Arbeitslosigkeit gefördert, die Verbraucherschaft bereinigt und der Steuerschaden betragen wird.

2. Es fordert weiter eine gründliche Reform der Verdienungsordnung für Bauleistungen und ihre pflichtgemäße Anwendung bei allen öffentlichen oder mit öffentlichen Mitteln hergestellten Bauten.

3. Regiebetriebe von Staat und Gemeinde, Kreisbehörden, die von den Steuergeldern ihrer Bürger leben und die dem Handwerk auf wirtschaftlichem Gebiet Konkurrenz machen, müssen abgebaut werden.

4. Als Beitrag zur Behebung der Berufsnot der Jugend wird erwartet, daß Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt werden.

5. Mit Rücksicht auf die erhöhten Anforderungen an das fachliche Können des Schreinerhandwerkes ist die Wiedereinführung der 4-jährigen Lehrzeit im Schreinerhandwerk eine unbedingte Notwendigkeit.

6. Der Schreiner tag erwartet ferner, daß der große Befähigungsnachweis beibehalten wird, als oberste Voraussetzung für die Leistung vorbildlicher Qualitätsarbeit und einen gesunden Wettbewerb.

7. Weiter wird begrüßt, daß der Hauptfachverband die Einführung eines Gütezeichens für handwerkliche Möbel und Bauschreinerarbeiten beschlossen hat.

Arztprozess beginnt von neuem

Heidelberg (UP). Der sensationelle Prozess gegen den 52-jährigen Professor Bamberger, den ehemaligen Leiter der Heidelberger Kinderklinik, sowie den 41-jährigen Oberarzt Dr. Seifrin wird am Montag morgen vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Heidelberg in der Revisionsverhandlung von neuem aufgerollt. Durch Bluttransfusionen von einem an Syphilis erkrankten Schiffer wurden in der Heidelberger Kinderklinik seit 1947 17 Kinder mit Lues infiziert, von denen neun starben. Nach der Aufhebung des Urteils vom 17. Juli 1948, mit dem das Verfahren auf Grund des Straffreiheitsgesetzes eingestellt wurde, sind neue medizinische Gutachten eingeholt worden, ob sich die beiden Ärzte der fahrlässigen Körperverletzung schuldig gemacht haben. Beide Angeklagte waren in der ersten Verhandlung nur mangelhaft Bewiesen freigesprochen worden, wiewohl der Präsident des Landgerichts den Fall von Professor Bamberger als tragisch bezeichnet hatte. Die Verhandlung zu den alle Eintrittskarten bereits vergeben sind, wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Nordbadische Gemeinden erhalten Stadtrechte

Tauberbischofsheim (SWK). Über das Wochenende wird der Landesbezirkspräsident von Baden und Finanzminister von Württemberg-Baden, Dr. Kaufmann, im Landkreis Tauberbischofsheim weilen. Zweck seines Besuchs ist es, den Gemeinden Kilsheim, Grünfeld und Lauda im Taubertal die Stadtrechte wieder zu verleihen. Im Rahmen dieser Festlichkeiten wird der Finanzminister in den einzelnen Gemeinden das Wort ergreifen.

Weinlese an der Bergstraße hat begonnen

W. N. Schriesheim. In den Kellern der Winzergenossenschaft war man seit Wochen mit den Vorarbeiten beschäftigt, die notwendig sind, um den neuen Wein würdig zu empfangen und sachgemäß zu lagern. Und nun ist der große Tag gekommen: der 1950er wird eingebracht. Gern hätte man die Lese noch etwas hinausgeschoben, aber der Himmel ist mit seinem herbstlichen Sonnenschein so sparsam — und die Aussicht auf weitere Regenfälle ist nicht gleichbedeutend mit der Aussicht auf eine Verbesserung der Qualität. Durch Straßen u. Gassen Schriesheims fahren die Fuhrwerke mit Fässern und Bütteln, ständig unterwegs in die Weinberge oder zum Zehnkeller. Fröhlich klingeln die Glöckchen an den Pferdegeschirren. Der Vorsitzende der Winzergenossenschaft geht mit der Mostwaage durch die Weinberge, um da und dort die Mostgewichte festzustellen. Dieses Instrument sieht keineswegs wie eine Waage aus; es ist ein Glaszylinder, der mit Most gefüllt wird und in den man dann einen thermometerähnlichen Schwimmer eintaucht. Auf einer Skala kann man das spezifische Gewicht des Mostes ablesen. Je süßer der Most ist, desto dichter ist die Flüssigkeit und desto weniger sinkt das Meßinstrument ein.

Schon der erste Tag brachte beim Silvaner-Riesling Mostgewichte um 90 Grad. Mengemäßig reicht es nicht ganz zu einem Dreiviertelherbst, jedoch qualitativ ist der 1950er vielversprechend. Vom Schloßberg und vom Kubberg, vom Heilich Mönch und den anderen bekannten Weinlagen Schriesheims kommen nun die reifen Trauben in die Kelter; dann wird der junge Wein in den Fässern seine Entwicklungszeit durchmachen, bis er im kommenden Jahr golden in den Gläsern schimmert.

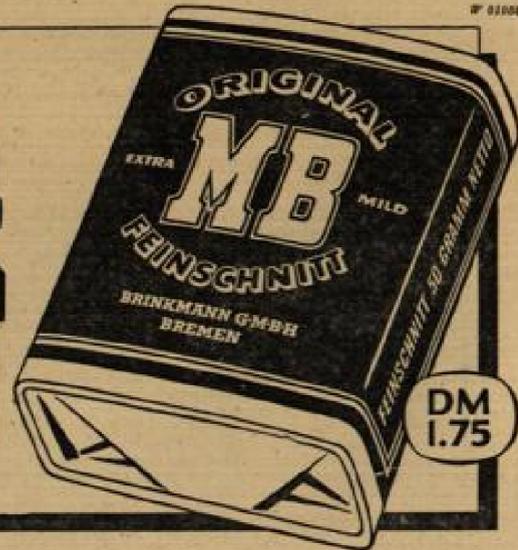
Gemeinde wollte keine DP's aufnehmen

Pforzheim (Hwb). In der Gemeinde Büdenau bei Pforzheim kam es bei der Einweisung der ersten DP's zu Auseinandersetzungen mit den Einheimischen. Einige Bewohner des Dorfes wollten den Einzug der Verschleppten mit Sensen abwehren. Nur durch die Umsicht des Bürgermeisters und das ruhige Verhalten der verschleppten Personen konnte ein größerer Streit vermieden und die Ruhe wiederhergestellt werden.

Kunstmaler A. Thomas verunglückte tödlich

Triburg. Bei einem Zugunglück, das sich am Freitag bei Niederwasser ereignete, wurde der Karlsruher Kunstmaler Alexander Thomas so schwer verletzt, daß er abhandl. starb. Aus einem Güterzug raste ein Wagenteil nach außen und zerstörte die Fensterscheiben eines vorbeifahrenden Schnelltriebwagens. Bei 25 Reisenden erfolgten teilweise schwere Verletzungen. Der tödlich verunglückte Künstler verwaltete seit über 15 Jahren die Gruppe Südwest der Freunde der Bildenden Künste und war auch Beauftragter des Künstlerhilfswerks Baden.

Die Meisten rauchen BRINKMANN



DM 1.75